Klaus G. Stölzel,

über Susanne Stölzel, Erlenbadweg 36, 89 312 Günzburg

Einschreiben mit Rückschein

Vorab per Telefax

An das

s. g. Amtsgericht Günzburg

einer faktischen Staatsmacht auf deutschen Boden

z. H. Frau Raiber, Mitarbeiterin am s. g. AG Günzburg

Abteilung für Strafsachen

Schlossplatz 3

89 312 Günzburg

13. 02. 2015

Betreff: 3 Ds 334 Js 3394 / 14 (2)

Ihr Anschreiben vom 16. 01. 2015 samt einer Anlage namens "Urteil" vom 16. 01. 2015, ist am 17. 01. 2015 als Negative Beglaubigungsurkunde, also ohne persönliche Unterschrift des Jugendrichter`s, Herrn Roland Groß, vollendet an mich in den "Rechtsverkehr", gebracht worden.

Hier: **"Rückgabe", also zu meiner vollständigen Entlastung von Ihrer Negativen Beglaubigungsurkunde namens "Urteil" vom 16. 01. 2015, also Entfernung aus dem "Aussenrechtsverkehr".**

Sehr geehrte Frau Raiber,

ich gehe davon aus, daß Sie von meinem bisherigen Schriftverkehr zu dem o. g. Vorgang Kenntnis haben. Leider haben auch Sie den Inhalt meiner bisherigen Schreiben ignoriert.

Desweiteren gehe ich davon aus, daß Sie die Erstellerin und Senderin (Versenderin) - der im Rechtsverkehr völlig sinnlosen, also ohne positiven Sinn - o. g. eigenen "Urkunde" sind. Dazu kommt, daß ich einen "Widerspruch" auch darin sehe, daß Sie sich als eine "JAng", also Justizangestellte, und sich weiter als "Urkundsbeamtin" bezeichnen. Also, was sind Sie nun: eine "Angestellte" oder eine "Beamtin" innerhalb der Organisation s. g. AG Günzburg ?

Ich ergreife mit diesem Schreiben an Sie, folgende Maßnahme:

"Rückgabe" der o. g. Negativen Beglaubigungsurkunde namens Urteil vom 16. 01. 2015 zu meiner völligen "Entlastung" an die Organisation namens Amtsgericht Günzburg.

3 DS 334 Js 3394 / 14 (2)

Schreiben vom 13. 02. 2015 von Klaus G. Stölzel an Frau Raiber, Mitarbeiterin in der Organisation namens AG Günzburg des Landes Bayern.

Grund meiner Maßnahme:

Die Entfernung aus dem "**Aussenverhältnis**" - auch "**Rechtsverkehr**" oder "**Aussenrechtsverkehr**" **genannt** - der o. g. Negativen Original-Beglaubigungsurkunde von Frau Raiber, durch vollständige "Rückgabe" an die Organisation der Senderin Frau Raiber, ist notwendig, weil weder auf meine erhebliche Rechtsmängelrüge und Erinnerungen dazu, noch auf meine Forderung vom 19. 01. 2015 nach einer eigenen Urkunde des Jugendrichters`s Roland Groß entsprechend darauf, also nicht fristgerecht reagiert, also bisher **menschenrechtswidrig ignoriert**, wurden.

Die "**Rückgabe**" erfolgt auf dem frankierten Postweg per Einschreiben mit Rückschein, wie im o. g. Adressfeld beschrieben zu meiner "vollständigen Entlastung", also so, als wäre diese o. g. "Neg. Beglaubigungsurkunde" von Frau Raiber, also nie, in das "Aussenverhältnis" gekommen. Die vollständige Entlastung erfolgt auch dann, wenn die „Rückgabe“ zufällig auf dem „Postweg“ – wie mit meinem Schreiben vom 19. 01. 2015 bereits geschehen – untergehen sollte.

Mit freundlichen Grüßen

Klaus G. Stölzel

Anlagen im Original: 1 x Anschreiben vom 16. 01. 2015 / 1-seitig / 1 Blatt
1 x Neg. Beglaubigungsurkunde namens "Urteil" vom 16. 01. 2015 / 5-seitig / 5 Blätter....

P. S.: ... nicht beweisgesichert ver- bzw. gesiegelt - stellt eine offensichtliche Sicherheitsverletzung (informelle oder formelle Compliance) - im Rechtsverkehr nach Außen durch Frau Raiber dar.

Ein Beleg dafür, daß Ihre „Urkunde“ allenfalls für den „Innenrechtsverkehr“ eine Verwendung finden soll. Welcher positiver Sinn damit sich erschließt, ist für mich als Aussenstehender nicht erkennbar.

Anscheinend handelt es sich dabei um einen geheimen Codex zwischen und unter den Mitarbeitern von Justiz, Polizei, Rechtsanwälten und anderen Behörden. Ich betrachte diesen „Kreis“ als „Innenrechtsverkehr-Kreis“.